

Rückkehr zum ökonomischen Nationalismus?

Interview mit Prof. Dr. Ksenija Dencic-Mihajlov, Prof. Dr. jur. Fabian Stancke und Prof. Dr. rer. pol. Stefan Zeranski

VON DIPL.-VOLKSWIRT FRANK EBERHARDT

Frau Prof. Dencic-Mihajlov, Herr Prof. Stancke, Herr Prof. Zeranski, der Welthandel ist seit 1990 massiv gewachsen und gleichzeitig von sehr dynamischen Veränderungsprozessen geprägt. Dies hängt mit technischen Entwicklungen, vor allem im Informations- und Kommunikationsbereich zusammen, aber auch mit zunehmender Intensität und Komplexität der internationalen Beziehungen. Nun mehren sich in einigen großen Volkswirtschaften die Bemühungen, nationale ökonomische Souveränität zurückzugewinnen. Ist die Globalisierung an einem vorläufigen Höhepunkt angekommen?

Dencic-Mihajlov: Eine Verlangsamung der Globalisierung durch den Übergang zum „ökonomischen Nationalismus“ ist kein leichtgängiger Prozess. Die Einschränkung oder gar Verhinderung des technologischen Fortschritts, der Globalisierung und des freien Verkehrs von Kapital und Produktion

würde negative Konsequenzen für die Entwicklung unserer Zivilisation haben. Die Prozesse internationaler Kooperation und Integration würden verzögert und könnten sich in manchen Bereichen sogar umkehren. Jedoch dürfte dies keine langfristige Strategie sein. Länder, welche die Spielregeln und den Globalisierungsfluss verändern wollen, müssen die Wirkungen auf ihre eigenen Volkswirtschaften berücksichtigen. Nehmen wir an, die USA würden durch Beschränkung des freien Handels oder anderer Globalisierungsprozesse die Stabilität asiatischer Volkswirtschaften gefährden. Dann würde dadurch auch China Anteile an den US-amerikanischen und westlichen Märkten verlieren und könnte als Reaktion eine Art wirtschaftliches Imperium in Asien erschaffen. Protektionismus kann kaum eine langfristige und nachhaltige Strategie sein.

Zeranski: Veränderungen werden nicht

von allen Beteiligten in gleichem Maße als vorteilhaft angesehen. Joseph Schumpeter spricht bei Innovationen vom Prozess der kreativen Zerstörung, bei dem man die Gegenwart als „Krücke“ begreifen muss, die es wegzuerwerfen gilt, um die Zukunft Wirklichkeit werden zu lassen. Da verwundert es nicht, dass es derzeit viele Gegner der Globalisierung und Bedenkenräger gibt, die sehr markant und postfaktisch über dieses Thema reflektieren. Die Globalisierung vollzieht sich in enger Wechselwirkung mit dem technischen Fortschritt, der sich in den nächsten Jahren weiter beschleunigen wird. Als Stichworte seien hier nur Industrie 4.0, künstliche Intelligenz, Big Data und zahlreiche Neuerungen in den Naturwissenschaften wie z. B. die Genomchirurgie genannt. Vor diesem Hintergrund ist die Globalisierung unumkehrbar und ein sich weiter beschleunigender Prozess der Vernetzung von leistungsfähigen Volkswirtschaften, die ihre

technologischen Fortschritte weltweit vermarkten. Insgesamt werden die globale Arbeitsteilung und die globale Konkurrenz zunehmen.

Stancke: Ich sehe die Globalisierung eher an einem Wendepunkt. Erhebliche Kritik am Freihandel wurde ja in der Vergangenheit sowohl auf der extremen Rechten wie, in Deutschland vor allem, von eher linken Parteien sowie NGOs, wie ATTAC, geübt. So fiel es dem vormaligen deutschen Wirtschaftsminister, i.Ü. Wahlkreisabgeordneter von Wolfenbüttel, ja nicht ganz leicht, die SPD für neue Freihandelsabkommen wie CETA zu gewinnen. Letztlich geht es vielen aber nicht um Fundamentalopposition, sondern um eine Nachjustierung des Freihandels. In diesem Sinne verstehe ich auch, sofern das möglich ist, US-Präsident Donald Trump.

... der protektionistische Maßnahmen angekündigt hat, um die Wirtschaft der Vereinigten Staaten unabhängiger von der Weltkonjunktur zu machen und gleichzeitig die Beschäftigungs- und Wohlstandslage der breiten Bevölkerung zu verbessern. Was steckt hinter diesen Ideen, die doch dem von Ihnen beschriebenen Trend zur weltweiten Vernetzung mit all ihren Vorteilen so offensichtlich zuwider laufen?

Zeranski: Mit postfaktischen Argumenten lassen sich viele Wähler kurzfristig begeistern, da die Welt einfach erklärt wird. Jedoch werden zu einfache Erklärungen einer komplexer gewordenen Welt nicht gerecht und greifen in der Sache zu kurz: Denken wir zum Beispiel an einige Argumente im Wahlkampf zum „Brexit“ und die nun eintretenden Abwanderungen von Unternehmen aus Großbritannien sowie das angekündigte schottische Referendum zur Unabhängigkeit. Die großen Volkswirtschaften auf dieser Welt sind sehr eng miteinander verflochten.

Betrachtet man die aktuelle Reaktion der USA im Licht der Geschichte, steht aus ökonomischer Sicht zu konstatieren, dass Protektionismus zwar temporär für Erleichterung sorgt, jedoch auf Dauer schlecht ist, weil Branchen und Unternehmen lernen müssen, sich dem Wettbewerb zu stellen: Sie müssen innovativ sein und zugleich nachhaltig denken, um verantwortungsvoll

» Die Globalisierung vollzieht sich in enger Wechselwirkung mit dem technischen Fortschritt, der sich in den nächsten Jahren weiter beschleunigen wird. «

mit unseren natürlichen Ressourcen umzugehen. Stark vereinfacht ist die Idee des Protektionismus für die USA nicht neu und verspricht wenig Erfolg: Nach der Finanzkrise 1929 reagierte man in den USA ebenfalls mit Protektionismus, der heute ein veraltetes Rezept mit hohen Nebenwirkungen darstellt und die vorhandenen Probleme in den USA nicht strukturell löst. Die Abschaffung von Obama-Care gelang nicht auf Anhieb, was Fakt ist und postfaktisch wirkt. Der Wohlstand in den USA und eine gerechtere Einkommensverteilung werden sich nicht ausschließlich durch Protektionismus erreichen lassen. Hier helfen nur globale Kooperationen und Innovationen, die sich sehr gut in und mit den USA umsetzen lassen.

Stancke: Herr Trump will für die USA „fairere“ Bedingungen des Freihandels. Gespeist wird sein Wahlerfolg ja nicht zuletzt aus dem Phänomen, dass die Mittelschicht in den westlichen Industriestaaten vordergründig nicht zu den absoluten Gewinnern der Globalisierung gehört. Dies legen zumindest Studien nahe. Die sehr Reichen in den westlichen Ländern und breite Bevölkerungsteile in den (vormaligen) Entwicklungs- und Schwellenländern haben dagegen erheblich von der Globalisierung profitiert. Im Westen geht es uns gut, aber die Wohlstandsdynamik nimmt nicht alle mit – übrigens auch nicht in Asien, Afrika und Südamerika. Wie in jeder Ökonomie gilt auch in der globalen Wirtschaft, dass letztlich „Wohlstand für Alle“ erreicht werden sollte. Dies hat Ludwig Erhard im Jahre 1957, also vor genau 60 Jahren, erkannt - und Deutschland so zum Erfolgsmodell gemacht. Es bedarf also für alle einer Perspektive. Für die wirklich Armen und für jene, die „bloß“ um ihren Wohlstand fürchten.

Was war denn die Erfolgsformel von Erhard?

Stancke: Eine Kernaussage, die so auch für den offenen Welthandel gelten kann, war, dass das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstands der Wettbewerb ist. Ein solcher Wettbewerb ist aber nur bei offenen Märkten möglich. Wettbewerb in offenen Märkten führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, wie z.B. aus Handelsschranken, zur Auflösung zu bringen. Auf dem Weg über den Wettbewerb wird nach diesem Ideal zudem eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten. Diejenigen, die dabei nicht mitkommen, müssen natürlich unterstützt

werden. Das ist die Idee der sozialen Marktwirtschaft. Zudem bedarf es gewisser einheitlicher ethischer und ökologischer Standards, innerhalb derer der freie Wettbewerb stattfinden soll. Verhandlungen zu Freihandelsabkommen sollten sich also nicht um die Sicherung von Privilegien drehen, sondern um die Sicherung ebensolcher Standards.

Prof. Zeranski, nach der jüngsten Krise wurde in den USA der Dodd-Frank-Act verabschiedet, der zu riskante Aktivitäten auf den Finanzmärkten eindämmen soll. Donald Trump plant nun offenbar, dieses Gesetz zu kippen, um den Banken für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes USA wieder mehr Handlungsfreiheit einzuräumen. Ein nachvollziehbarer oder zu riskanter Schritt?

Zeranski: Der Dodd-Frank-Act ist im Kern ein Trennbankengesetz und bedeutet stark vereinfacht, dass man nicht „ohne weiteres“ mit Kundeneinlagen an den Finanzmärkten spekulieren kann. Das Gesetz soll größere US-Banken stärker regulieren, damit sich die Finanzkrise nicht erneut wiederholt, die vor allem von den großen Banken ausgelöst wurde. Der Wirtschaftsstandort der USA hängt nicht sehr stark von der Bankenfinanzierung ab, da sich mittelständische Unternehmen in den USA zum Großteil über den Kapitalmarkt und nicht über Bankkredite finanzieren. Ein Blick in die Geschichte hilft zu sehen, dass sich bei der Diskussion rund um den Dodd-Frank-Act alte Verhaltensmuster wiederholen: Nach der Börsenkrise 1929 wurde zum Schutz vor einer erneuten Bankenkrise schon einmal ein Trennbankengesetz durch die sogenannten Glass-Steagall-Acts eingeführt – ein Ansatz, den der ehemalige Notenbankpräsident Paul Volcker dem amerikanischen Präsidenten Obama als Lösung für die immer noch aktuelle Finanzkrise 2007/2008 empfahlen

hat. Die Glass-Steagall-Acts wurden „rechtzeitig vor der nächsten Finanzkrise wieder aufgehoben“. Das heißt, hier kann der Auffassung der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht uneingeschränkt gefolgt werden, dass zu einfache Regulierungen sehr gefährlich sind: „Wir würden heute auch nicht mehr auf die Sicherheitselemente in modernen Autos verzichten wollen. Warum sollten wir es dann an den Finanzmärkten und bei Finanzprodukten tun?“ Eine starke Deregulierung ist für große Banken angesichts der großen Schäden für die Steuerzahler nicht zu begrüßen. Mittelständische Banken sind jedoch keine Krisenverursacher und tragen durch ihre Vielfalt zur Risikostreuung im Finanzsystem bei. Daher sollten diese Institute proportional und nicht überreguliert werden.

Für die Europäische Union wird 2017 ein richtungsweisendes Jahr mit möglicherweise großen Herausforderungen und grundlegenden Veränderungen. Nach wie vor gibt es beträchtliche ökonomische Ungleichgewichte. Großbritannien hat das „Brexit“-Verfahren eingeleitet, welches langwierige Verhandlungen nach sich ziehen wird. Zudem stehen bedeutende Wahlentscheidungen in den Kernländern an. Wie kann sich Europa angesichts solch drängender und komplexer innerer Probleme auch zukünftig global behaupten?

Dencic-Mihajlov: In Serbien, als einem EU-Beitrittskandidaten, verfolgen sowohl die Menschen als auch die Regierung die Entwicklungen in der EU mit großem Interesse. 2017 wird in der Tat ein turbulentes Jahr für die Europäische Union. Abgesehen von den Problemen rund um den „Brexit“, die Unsicherheiten in Verbindung mit den Wahlen in Frankreich und Deutschland, dem fortwährenden Kampf der Griechen mit den Folgen der Finanz-

krise und der Tatsache, dass osteuropäische Staaten sich immer lautstärker gegen Brüssel positionieren, sollten auch die Probleme genannt werden, die aus noch immer andauernder Zuwanderung und steigender Gefahr des Terrorismus erwachsen. Zu dieser beeindruckenden Liste großer europäischer Belastungen sollten beträchtliche strukturelle Probleme nicht außer Acht gelassen werden. Wirtschaftsstatistiken belegen, dass die EU seit zwei Jahrzehnten einen Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit erlebt. Beim Produktivitätswachstum ist die EU mit Beginn der digitalen Revolution hinter die Vereinigten Staaten und andere führende Handelspartner zurückgefallen. Es ist offensichtlich, dass eine umfassende politische Reaktion und strukturelle Reformen benötigt werden, um über flexible und effiziente Märkte weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben.

Stancke: Einiges wird vom Ergebnis der „Brexit“-Verhandlungen abhängen. Europa sollte politische Befindlichkeiten der Briten akzeptieren, ohne auf grundlegende gemeinsame Werte zu verzichten. Dies gilt insbesondere für die Waren- und Dienstleistungsfreiheit. Nach Möglichkeit sollten auch gemeinsame Freihandelsabkommen und für die Zukunft die gemeinsame Handelspolitik erhalten bleiben. Europa – und Deutschland insbesondere – braucht Großbritannien, um international für den Freihandel eintreten zu können. Und andersherum gilt natürlich das Gleiche. Europa wird auch weiterhin stark sein, wenn wir für freien Wettbewerb und offene Handelsbeziehungen eintreten und gleichzeitig nicht diejenigen vergessen, die sich diesem Wettbewerb nicht stellen können. Im Übrigen sollte nicht vergessen werden, dass es für Probleme in einer Beziehung nie nur einen Verantwortlichen gibt. Dies gilt gerade im Hinblick auf die Schuldenstaaten. Die einen machen zu viele

Schulden, die anderen profitieren von niedrigen Zinsen oder kreieren staatliche Steuersparmodelle. Jedes Mitgliedsland der Union sollte bedenken, dass rückwärtsgewandte Schuldvorwürfe nichts bringen und sich der Vorteile der gemeinsamen Zukunft bewusst werden.

Zeranski: Europa muss sich jetzt noch konsequenter mit einer europäischen Wirtschafts- und Innovationspolitik auf den globalen Wettbewerb vorbereiten und dafür – unbeschadet der nationalen Kompetenzen – leistungsfähigere europäische Institutionen schaffen. Dies erfordert Mut, die europäische Idee mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten weiterzuentwickeln. Die vorhandenen Ansätze sind gut. Es bestehen aber immer noch zu viele Bürokratiehemmnisse, um moderne Technologien und die Forschung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze weiter voranzubringen. Begrüßenswert sind die Initiativen zur EU-Kapitalmarktunion und zum digitalen Binnenmarkt. Hier gilt es, diese noch konsequenter umzusetzen. Zugleich sollten die Autonomie der Hochschulen und Universitäten gefördert werden, da diese den „Bildungsvorlauf“ für unseren Wohlstand schaffen, indem hier frühzeitig neue Ideen für Produkte entstehen. Hier ist Deutschland auf einem guten Weg, wobei wir uns nicht zurücklehnen dürfen. Die vorhandenen Initiativen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa und Deutschland sind zu begrüßen, sie reichen jedoch bei weitem nicht aus, um den bevorstehenden disruptiven Herausforderungen mit nachhaltigem Erfolg begegnen zu können: es muss die Industrialisierung eines nachhaltigen Erfolgs von der Idee zum gefragten Hightech-Produkt auf breiter Basis umgesetzt werden.

Wie sind, ohne allein auf den „Brexit“ zu schauen, die Bestrebungen von Parteien und anderen Organisationen

in zahlreichen Ländern zu beurteilen, zu nationalen Währungen zurückzukehren oder gar die Mitgliedschaft in der EU aufzukündigen? Bergen diese Ideen vermehrt Chancen oder Risiken für einzelne europäische Staaten?

Stancke: Erhebliche Risiken und Wohlstandsverluste. Natürlich gibt es in einzelnen Ländern immer auch Gewinner von Handelsbarrieren. Das sind typischerweise diejenigen, die überholte Produkte und Dienstleistungen anbieten. Insgesamt gibt es aber

» Nationale Währungen sind im Licht der Globalisierung für Europa keine Alternative. Der Euro hat sich als Währung klar bewährt. «

mehr Verlierer. Die Wirtschaft wird ineffizienter, die Verbraucher zahlen mehr für Waren und erhalten schlechtere Qualität. Zudem leiden natürlich exportorientierte Arbeitsplätze.

Prof. Zeranski: Nationale Währungen sind im Licht der Globalisierung für Europa keine Alternative. Der Euro hat sich als Währung klar bewährt. Nur Populisten ohne klare Lösungsansätze befürworten den Rückschritt in die „alte Zeit“: In Anlehnung an Schumpeter dürfen und sollten wir stets optimistisch nach vorne blicken.

Dabei sollten wir unsere Vielfalt in Europa als Chance begreifen und den rasanten globalen disruptiven Wandel im Wettbewerb um die besten Lösungen sportlich angehen.

Dencic-Mihajlov: Dass in einigen EU-Mitgliedstaaten heute darüber nachgedacht wird, zu nationalen Währungen zurückzukehren, hängt mit der Krise der Währungsunion zusammen. Jedoch müssen diese Überlegungen immer mit der Entstehung und Entwicklung der EU sowie mit den Methoden der Integration neu aufgenommener Staaten in der Vergangenheit verknüpft werden. Die Rückkehr zu nationalen Währungen würde aus EU-Sicht bestimmt als eine Umkehrung dieser Prozesse betrachtet werden. Weiterhin sind die ökonomischen, finanziellen und politischen Verbindungen zwischen Staaten innerhalb der EU sehr eng. Dies dürfte während und nach dem Ausstieg wahrscheinlich zu großen ökonomischen Störungen führen. Andererseits neigen die Vertreter einiger Länder der Eurozone zu der Ansicht, dass es keine ausreichenden Argumente dafür gebe, in einer schlecht funktionierenden Währungsunion zu bleiben, insbesondere wenn sie die makroökonomische Entwicklung des Landes beeinträchtigt. Trotzdem können Schätzungen der Exit-Kosten die Regierungen davon abhalten, den Entscheidungsprozess hin zu einem Euro-Ausstieg anzustoßen. Einige Studien (z. B. Bootle, 2012; Malinen et al., 2016) zeigen, dass – selbst, wenn die direkten Kosten des Exits kontrolliert werden können – dieser Prozess viele nicht eliminierbare Unsicherheiten beinhaltet, welche eine starke Antizipationsfähigkeit seitens des austretenden Landes benötigt.

Ist der Euro eigentlich noch immer attraktiv für Nichtmitgliedstaaten der Währungsunion, wie beispielsweise Serbien?

Dencic-Mihajlov: Ich glaube schon, da die Attraktivität des Euro in Serbien und anderen Nicht-Mitgliedstaaten hauptsächlich ein Ergebnis des Verlustes von Vertrauen in schwache nationale Währungen ist. Nach Schätzungen der Nationalbank Serbiens ist der Grad der so genannten „Euroisierung“ in Serbien extrem hoch: Mehr als 70 % der Unternehmenskredite werden in Euro oder mit einer Fremdwährungsklausel vergeben. Serbien hat praktisch ein duales Währungssystem, innerhalb dessen der Euro als eine Art Parallelwährung gilt und faktisch die nationale Währung ersetzt, insbesondere bei hochwertigen Transaktionen.

Wie würden Sie die weltwirtschaftliche Lage abschließend beurteilen? Sind Sie eher optimistisch oder besorgt angesichts der aktuellen Situation?

Zeranski: Ich bin sehr optimistisch zur weltwirtschaftlichen Lage, da sich die Volkswirtschaften immer weiter vernetzen. Durch die Globalisierung und den Technologiewandel entstehen neue Märkte, auf denen sich Europa sehr gut positionieren kann. Dabei ist klar, dass es viele Veränderungen geben wird. Nur wer sich dem Wandel aktiv stellt, wird von diesem profitieren. Auf der Basis unserer sozialen Marktwirtschaft und einer sehr leistungsfähigen deutschen Wirtschaft können wir die Chancen gut nutzen, obgleich wir uns künftig viel stärker bemühen müssen, um „vorne zu bleiben“, zumal wir uns noch konsequenter durch eine europäische Innovationspolitik auf die Globalisierung ausrichten müssen.

Stancke: Ich bin optimistisch. Letztlich wird allen verantwortlichen Politikern, und der Mehrheit der Bevölkerung, die sie wählen, bewusst sein, dass übermäßige Handelsbarrieren nicht im Interesse ihrer Länder sind. Für Staaten wie Deutschland, die Niederlande,

die Schweiz und Japan ist das ohnehin klar. Den „Brexit“ sehe ich eher als Betriebsunfall, der einer Kombination sklerotischer Politiker und der Flüchtlingssituation der Jahre 2015/2016 geschuldet war. Mal sehen, was vom „Brexit“ tatsächlich übrig bleibt. Und auch die USA werden sich nicht vom offenen Welthandel verabschieden. Man wird nur härter verhandeln. Wenn dies zu besseren Ergebnissen für alle führt, ist das doch nur gut.

» Zusammenfassend bin ich also eher besorgt als optimistisch angesichts der aktuellen Lage und der Perspektiven der Weltwirtschaft. «

Dencic-Mihajlov: Bei allen positiven Effekten, die die Globalisierung mit sich bringt, muss auch erwähnt werden, dass die tiefere Vernetzung der nationalen Märkte auf globalem Level auch ökonomische Schocks stärker überträgt. Es gibt gewaltige Instabilitätsrisiken rund um die globalen Kreditmärkte. Ein ausreichend starker Einbruch des chinesischen Wachstums oder des europäischen Finanzsystems könnte die Weltwirtschaft von einer Niedrigwachstumsphase in eine Rezession überführen. Nicht-ökonomische Risiken kommen hinzu: Geopolitische Konflikte, Terrorismus und Flüchtlingswellen könnten signifikant

negative Effekte auf die globale wirtschaftliche Aktivität haben. Zusammenfassend bin ich also eher besorgt als optimistisch angesichts der aktuellen Lage und der Perspektiven der Weltwirtschaft.